

100 MILLIARDEN-SCHATZ – FORTSCHRITTE WERDEN DAUERN

Das Bundeswehrfinanzierungs- und Sondervermögensgesetz (BwFinSVerMg) wurde vom Bundestag verabschiedet



Foto: Angie Ehinger

100.000.000.000 Euro sind eine Stange Geld. Kein Mensch hat jemals so viel gesehen, außer vielleicht die wenigen, die die Inflation 1923 noch erlebt haben. Diese Riesensumme sinnstiftend für die Bundeswehr auszugeben, ist ein hehres Unterfangen. Einerseits ist Eile angesagt, weil unserer Bundeswehr gewaltige Ausrüstungsdefizite nachgesagt werden. Andererseits darf es nicht darum gehen, möglichst rasch *Auftrag ausgeführt* zu melden. Was also tun, wo liegen Stolpersteine und wann sind Ergebnisse zu erwarten?

Die Ausgangslage

Beschaffungen für Militärgüter haben tunlichst auf aktuellen Forderungen zu beruhen. Gegenwärtig leichter gesagt als getan, das sog. Fähigkeitsprofil der Bundeswehr hat trotz Überarbeitung vier Jahre auf dem Buckel. Nach der reinen Lehre müsste zunächst die Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands einer schonungslosen Analyse unterzogen und mit Erkenntnissen aus der heutigen Bedrohungslage angereichert werden. Daraus wäre ein aktueller Forderungskatalog sinnvoll ableitbar. Erst danach dürften konkrete Beschaffungsentscheidungen getroffen werden, um nicht Gefahr zu laufen, für überholte sicherheitspolitische Zielsetzungen und Kriegsbilder Geld aus dem Fenster zu werfen. Wer nach diesen Kriterien vorgeht, wird allerdings Jahre warten müssen, bis Verträge geschlossen werden können. Und so funktioniert Politik auch nicht. Das Risiko von Fehlinvestitionen ist damit aber groß.

In der Rückschau ist unabhängig davon zu fragen, wie eigentlich die Zahl 100 Mrd. Euro zustande kam. Eine durchgerechnete Grundlage hierfür kann es den Umständen nach kaum gegeben haben. So war es denn auch. Dem Vernehmen nach hatte eine interne Berechnung im BMVg noch weit vor dem Regierungswechsel einen Investitionsbedarf in der Größenordnung von 200 Mrd. Euro bis 2032 ergeben. Diese Summe relativierte sich bei den Koalitionsverhandlungen der Ampel-Regierung im Gezerre verschiedener Interessen. Heiß wurde diese Kiste über Nacht nach dem Einmarsch der Russen in die Ukraine. Kanzler Scholz hat diese willkürlich festgelegte, nichtsdestoweniger beeindruckend hohe Zahl vor der Sondersitzung des Bundestages am 27. Februar lediglich den Spitzen der Koalitionsparteien und -fraktionen

vorgelegt. Die nur dem eigenen Gewissen verantwortlichen Abgeordneten des Deutschen Bundestages wurden damit überfahren. So viel zu deren Selbstständigkeit. Soviel auch zum Zustandekommen einer wegweisenden politischen Stellgröße, die in der Öffentlichkeit nicht mehr hinterfragt wird und nun in Gesetzesform gegossen vorliegt (BwFinSVerMg). Der tatsächliche Bedarf zur Runderneuerung der materiellen Ausstattung unserer Armee dürfte vermutlich weit darüber liegen. Eine durchaus wichtige Erkenntnis: Ohne zusätzliche Steigerung des Wehretats werden wieder nur halbe Lösungen möglich sein. Die Bäume wachsen auch mit dem Sondervermögen nicht in den Himmel.

Sparsamkeit bleibt das Gebot der Stunde

Auf die Bundeswehr wie auch die Verteidigungsindustrie sind damit über Nacht gewaltige Aufgaben zugekommen, wie es sie vielleicht seit der Aufbauphase nicht mehr gegeben hat. Von einem überbürokratisierten und sich ständig rückversichernden Verwaltungshandeln werden nun rasch brauchbare Ergebnisse erwartet. Geld ist zunächst keine Mangelware, bisher oft genug eine billige Entschuldigung für Fehlleistungen. Die Zeit wird in Anbetracht der Bedrohungssituation wie auch der öffentlichen Erwartungen zum kostbaren Gut, um in angemessener Frist zu brauchbarem Wehrmaterial zu kommen.

Der Entstehungsgang von Wehrmaterial beginnt mit den Forderungen der Bedarfsträger. Dafür wurde eine eigene Behördenstruktur mit Planungsabteilungen und -ämtern eingerichtet. Gründlich bis zur Unterlegscheibe entstehen in einem vielschichtigen Prozess aus Wünschen der Truppe Forderungsdokumente, die - vom Generalinspekteur unterzeichnet - der Beschaffungsorganisation *Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAINBw)* zur Realisierung überantwortet werden. Systematisch ausgehebelt wird dabei seit Einführung des neuen Rüstungsverfahrens *CPM* (Neusprech: *Customer Product Management*) die Vorgabe, in den Beschaffungsdokumenten keine technischen Details mehr festzulegen, sondern die Wünsche lediglich funktional zu beschreiben. Hintergrund hierfür ist eine über 20 Jahre alte Vorgabe vom damaligen Verteidigungsminister Scharping, sich auf marktverfügbares Wehrmaterial zu konzentrieren und spezielle deutsche Forderungen zu unterlassen. Zuletzt hat Ministerin Lambrecht darauf gedrungen. Mal sehen, ob das nun durchzusetzen ist. Die Entscheidungen zur Einführung des Kampfflugzeuges F-35 und des schweren Transporthubschraubers CH-47

gehen in diese Richtung. Ob dies glückliche Auswahlentscheidungen sind im Hinblick auf die europäische Souveränität und die militärischen Erfordernisse, steht auf einem anderen Blatt.

Germanisierung

Im Gegensatz zu dieser Vorgabe türmen die Teilstreitkräfte immer noch Spezialforderungen auf - im Bundeswehrjargon *Germanisierung genannt* - und erschweren die Beschaffung von verfügbarem Wehrmaterial oder hebeln gemeinsame Entwicklungen mit Partnern aus. Der Schützenpanzer Puma wurde mit den Maßgaben des Heeres um Milliarden teurer und brauchte zehn Jahre, bis zur Truppenverwendungsreife. Auch der Hersteller Rheinmetall hat sich dabei nicht mit Ruhm bekleckert. Der mit Firmenmitteln ohne deutschen Goldrand entwickelte Schützenpanzer Lynx ist dagegen im Export erfolgreich.

Der zusammen mit Frankreich und Spanien entwickelte Kampfhubschrauber Tiger geriet zum Desaster. Die Franzosen entwickelten eine eigene Version mit einer beweglichen Bordkanone am Bug und seitlichen Raketenbehältern. Der deutsche Tiger mit kompliziertem Mastvisier für die Panzerbekämpfung muss zum Einsatz der Bordkanone millimetergenau auf das Ziel ausgerichtet werden, ein Anachronismus. Diese Milliarden teure Fehlentscheidung sollte ausgesondert und durch einen neuen Kampfhubschrauber ersetzt werden, anstelle in diese Fehlentwicklung weiter zu investieren. Diese unrühmlichen Beispiele zeigen prototypisch die Fallstricke derzeitiger Rüstung. Überhöhte Forderungen der Bedarfsträger führen zu einer Übertechnisierung von Panzern, Schiffen und Flugzeugen, die auch dem heutigen Kriegsbild nicht gerecht wird. In Teilen werden Leistungsfähigkeiten des Wehrgerätes erzeugt, die auch noch so gut trainierte Spezialisten nicht nutzen können. Die weit über 4000 Seiten Flughandbuch des neuen Marinehubschraubers NTH mögen als Beispiel genügen. Die Industrie macht das Spiel gerne mit, weil ihr mit den deutschen Exportrestriktionen höhere Stückzahlen verwehrt sind. Das Beispiel Ukraine zeigt aber, dass überlegen eingesetztes Wehrmaterial, das nicht dem vordersten Rand der Technik entspricht, eine entscheidende Rolle spielen kann. Im Krieg ist modernste Technik keine wirkliche Hilfe, wenn sie zu spät kommt, nur in geringen Stückzahlen verfügbar ist und ständig ausfällt.

Überzogene finanzielle Forderungen

Ein häufiges Ärgernis sind überzogene finanzielle Forderungen der Industrie. Der Rüstungsmarkt ist eben nicht frei, politische Einflussnahme zur Auslastung von Firmen und Werften ist der Normalfall. Die Kosten der Beschaffung von zwei Tankschiffen der Marine stiegen beispielsweise von veranschlagten 570 auf 915 Mio Euro. Zwar gelang eine Technik- Reduzierung auf 870 Mio, was immer noch einen Aufschlag von 300 Mio Euro bedeutet. Interne Prüfungen sprechen von „deutlich überzogenen Forderungen der Werft“. Bundestagsabgeordnete helfen gerne nach, um regionalen Arbeitgebern lukrative Rüstungsaufträge zuzu-

schanzen. Im Gegenzug die Beschaffungsstellen für Zeitverzögerungen und Kostensteigerungen verantwortlich zu machen, ist unlauter und vernebelt die Ursachen.

Gefordert ist nun, gegen politischen und öffentlichen Druck zwar konzentriert zu handeln, aber sich auch die erforderliche Zeit zu nehmen, um nicht Fehler der Vergangenheit zu wiederholen. Das Gegenteil deutet sich aber bereits mit der Nachbestellung von weiteren 111 Schützenpanzern Puma an. Die unabdingbare Teilerneuerung der Armee wird lange Jahre in Anspruch nehmen.

Befreiungsschlag nicht in Sicht

Das vorgelegte Beschaffungsbeschleunigungsgesetz greift Kernprobleme im Vergaberecht nicht auf. Für die zahlreichen Beschaffungen unterhalb der 25-Mio-Euro-Grenze für Parlamentsvorlagen sollten standardisierte Einkaufsvertragsmuster verwendet werden. Zudem bleibt es bei der strikten Trennung von Staat und Industrie auch bei den der Vergabe vorgelagerten Prozessen Bedarfsermittlung, Planung und Genehmigungsverfahren, obwohl die Unternehmensexpertise mit den militärischen Erfahrungen sowie den vergaberechtlichen Möglichkeiten zusammengeführt werden müssen. Zügige Beschaffungen erfordern aber ein umstandsloses Zusammenwirken von Amtsseite und Wehrwirtschaft. Die strenge Reglementierung der Zusammenarbeit aus Angst vor Korruption und Rechtsstreitigkeiten erschwert den Austausch, schafft zusätzliche Hürden und begrenzt gegenseitige Lerneffekte. Franzosen und Amerikaner handhaben das ganz anders: Industrie und Amtsseite tauschen ihr Personal, um die jeweils andere Seite besser verstehen zu können. Beschaffer und Nutzer sitzen mit Vertretern der Industrie an einem Tisch, hierzulande läuft der Informationsaustausch in juristisch festgelegten Bahnen.

Deutsche Verteidigungsminister verlangen in schönes Regelmäßigkeit Reformen im Beschaffungswesen. Tatsächlich verdichten sich immer noch mehr Vorschriften mit entsprechendem Zeitbedarf zu deren Erfüllung. Ist aber auch kein Wunder in einer Gesellschaft, in der jeder Fehler zu neuen Paragrafen führt, anstatt daraus lernen zu lassen. Noch mehr Kommissionen und Arbeitskreise statt unternehmerischem Handeln, Verantwortung können aber schlussendlich nur Personen tragen. Langjährig tief gestaffelte Prozesse sind die Folge, die insbesondere in europäischen Rüstungsprojekten kaum noch jemand überblickt. Dabei war vom immensen Gewerkschaftseinfluss im BAINBw in Koblenz noch gar nicht die Rede. Mal sehen, was denen einfällt, wenn sie zu der Auffassung gelangen, dass die Mitarbeiter im Rüstungsbereich überarbeitet sind. Keine rosigen Aussichten auf die Rüstungsprojekte im Rahmen des Sondervermögens. Gegner wie Partner werden sich schon gedulden.

In Treue fest!



Richard Drexl, Oberst a.D.